

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Mag.^a JOHANNA MIKL-LEITNER
HERRENGASSE 7
1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0271-III/3/2014

Wien, am 7. Mai 2014

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Elisabeth Grossmann, Genossinnen und Genossen haben am 18. März 2014 unter der Zahl 1063/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Abfrageberechtigungen nach dem Meldegesetz im Jahre 2013“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zu Frage 2:

4.843. Eine regionale Auswertung ist erst ab dem Jahr 2004 möglich.

Wien	NÖ	OÖ	Stmk	Sbg	Ktn	Tirol	Vbg	Bgld	Summe
1571	415	435	419	278	211	324	134	70	3857

Zu Frage 3:

Mit Stichtag 1. Jänner 2014 gab es 4.659 sonstige Abfrageberechtigte. Eine über die Beantwortung der Frage 2 hinausgehende regionale Auswertung ist nicht verfügbar.

Zu Frage 4:

Eine bescheidmäßige Abweisung eines Antrages war bislang dreiundvierzigmal erforderlich. 2013 mussten zwölf Anträge bescheidmäßig abgelehnt werden. Weitere unberechtigte Anträge wurden nach Darstellung der Rechtslage zurückgezogen. Gründe für die Zurück-

ziehung waren zumeist, dass die Antragsteller falsche Vorstellungen von den Möglichkeiten einer solchen Abfrage hatten oder einsahen, dass sie keinen mit den gesetzlichen Vorgaben übereinstimmenden Bedarf glaubhaft machen können.

Zu Frage 5:

Bisher wurde an 48 Antragsteller mit Sitz im EU-Ausland die Berechtigung vergeben, davon 47 Antragsteller aus Deutschland und 1 Antragsteller aus Schweden. Es handelte sich dabei um Rechtsanwälte, Banken, Detekteien, Inkassobüros und sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Zu Frage 6:

72. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 7:

8. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 8:

66. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 9:

63. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 10:

76. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 11:

41. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 12:

2929. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 13:

78. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 14:

52. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 15:

431. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 16:

21. Diese Vereine fallen in folgende Kategorien: gemeinnützige Hilfsorganisationen, Rettungsdienste, Kraftfahrvereinigungen sowie Dachorganisationen österreichweit tätiger Genossenschaften und Bauvereine. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zu Frage 17:

Neben den oben bereits genannten sind sonstige Abfrageberechtigte insbesondere folgenden Branchen zuzurechnen: Gesetzliche berufliche Interessensvertretungen, Energieversorgungsunternehmen, Verkehrsbetriebe, Arbeitsvermittlung, Krankenhäuser, Fahrschulen und sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Zu den Fragen 18 und 30:

Im Jahr 2013 wurden in Summe 3.455.464 Abfragen durch sonstige Abfrageberechtigte durchgeführt.

Branchenbezeichnung	Abfragen
Auskunfteien	19.250
Bank	75.123
Detekteien	3.008
Fahrschulen	180.043
Inkassobüros	186.044
Immobilien-Vermittler-Treuhänder	19.600
Vermessungswesen	1.997
Notare	10.509
Rechtsanwälte	408.278
Sonstige	854.779
Vereine	43.056
Versicherungen	1.650.184
Versicherungsmakler	1.654
Wirtschaftstreuhänder	502
Ziviltechniker	1.437
Summe:	3.455.464

Zu den Fragen 19 und 20:

Auf Basis der monatlichen Abrechnung wird mit statistischen Mitteln erhoben, ob es im Schnitt zu grob abweichenden Durchschnittswerten gekommen ist. Dies war 2013 bei keinem sonstigen Abfrageberechtigten der Fall. Darüber hinaus wurden wie in den Vorjahren weitere Überprüfungen vorgenommen und ist beabsichtigt, diese auch 2014 zumindest im bisherigen Umfang durchzuführen.

Zu Frage 21:

Von den positiv erledigten Anträgen war es 2013 nicht erforderlich, einen vom Antragsteller namhaft gemachten Verantwortlichen abzulehnen.

Zu Frage 22:

Anzahl	Branche
10	Auskunftei
84	Banken
68	Detekteien
413	Fahrschulen
65	Inkassobüros
337	Immobilien-Vermittler-Treuhänder
31	Vermessungswesen
96	Notare
2885	Rechtsanwälte
439	Sonstige
9	Vereine
66	Versicherungen
86	Versicherungsmakler
43	Wirtschaftstreuhänder
27	Ziviltechniker

Zu den Fragen 23 und 24:

Es wurde für den Zugang zum ZMR gemäß § 9 MeldeV eine umfassende technische Spezifikation definiert, die auch alle Sicherheitsauflagen nach dem aktuellen Standard umfasst. Wenn diese technischen Auflagen nicht erfüllt werden, wird der Zugang zum ZMR nicht aufgeschaltet. Bisher haben alle sonstigen Abfrageberechtigten diese Standards erfüllt. Es gab 2013 keinen Anlass für weitere Kontrollen gemäß § 9 MeldeV.

Zu den Fragen 25 bis 28:

Keine.

Zu Frage 29:

Im Jahr 2013 wurden in Summe 46.544.550 Abfragen durch Gemeinden und sonstige abfrageberechtigte Behörden durchgeführt.

Zu Frage 31:

2013: € 7.135.626,--

2014: Es werden Ausgaben in ähnlicher Höhe erwartet.

Zu Frage 32:

Mit Stichtag 31. Dezember 2013 waren in Summe 20.098 Auskunftssperren gesetzt. Eine Auskunftssperre ist 2 Jahre lang gültig; wird kein Antrag auf Verlängerung gestellt, wird die Auskunftssperre inaktiv. Da die Genehmigung in die Zuständigkeit der Gemeinden fällt, kann nicht beantwortet werden, wie viele Anträge abgelehnt wurden, bzw. falls Anträge abgelehnt wurden, welche Gründe dafür maßgeblich waren. Eine Auswertung nach Bundesländern ist nicht möglich.

Zu Frage 33:

Soweit eine Auskunftssperre nicht von Amts wegen veranlasst wird, hat der Antragsteller € 14,30 an Antragsgebühren zu entrichten. Zusätzlich zur Antragsgebühr sind noch Beilagengebühren in der Höhe von € 3,90 je Bogen bis zu höchstens € 21,80 einzuheben, wenn dem Antrag solche angeschlossen sind.

Zu den Fragen 34 und 36:

Von sonstigen Abfrageberechtigten wurden Kostenersätze und Verwaltungsabgaben in der Höhe von € 5.486.646,-- eingehoben. Eine Auswertung getrennt nach Kostenersatz und Verwaltungsabgaben ist nicht möglich. Es wird von einer leichten Steigerung der Einnahmen im Jahr 2014 ausgegangen.


Zu Frage 35:

Von Behörden wurden Einnahmen in der Höhe von € 319.892,-- erzielt. Ein ähnlicher Betrag wird auch für 2014 erwartet.

Zu Frage 37:

Aus dem Titel E-Government konnten im Jahr 2013 € 380.918,-- erzielt werden. Ein ähnlicher Betrag wird auch für 2014 erwartet.

Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

6 von 6	977/AB-XXV-GP-Anfragebeantwortung	
Signaturwert	BMC70/3AK5jGvE6blwDp4QxN6XccAnfragebeantwortungCGfsFQg4lmeFKrRLqnUhpKJtF6KqERliKDRaCytS9137744m9VaJ5TfOvSlwqcWefvofEDfzBo6wJCjlnXUj4ovIrBW7S7FHvOx3rSrGIMAJYjkG8RUFwHZhS0qJKXBrydPcQj9HTmn5gg07UBWKK/kR6w+bVfwYST7sBrNyFEPEl/bVOemR3RVk/98JTKpNCvnrKLo2LRMyLmlRgpmhKhytQ5pL2FtQ6SdNCDjKJebCJlU9F6Y++KMAVPdUa54s5WtyMvp9pzumKlVzO9O1wVNPE/apWO0qXZDg==	
	Datum/Zeit-UTC	2014-05-15T09:52:02+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	531172
	Methode	urn:pdfsigfilter:bka.gv.at:binaer:v1.1.0
	Parameter	etsi-bka-moa-1.0
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at . Eine Verifizierung des Ausdruckes kann bei der ausstellenden Behörde/Dienststelle erfolgen.	
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	